

Vier Kandidaten steigen ins Rennen um den verbleibenden Sitz im St. Galler Regierungsrat. Die ZSZ stellt diese Woche jeden Tag zwei der Kandidierenden vor.

*Fragen: Magnus Leibundgut,
Conradin Knabenhans*

Die 38-jährige Esther Friedli tritt für die SVP zum zweiten Wahlgang an. Die Geschäftsführerin, Politologin und ehemalige Generalsekretärin des Bildungsdepartementes trat für den Wahlkampf der SVP bei. Die Partnerin von Toni Brunner wohnt in Ebnat-Kappel.



Das Linthgebiet fühlt sich im Kanton St. Gallen häufig übergangen – etwa beim Thema einer eigenen Kantonsschule. Wie beurteilen Sie die Rolle des Linthgebiets im Kanton?

Eine neue Kantonsschule im Linthgebiet würde bedeuten, sie einer anderen Region wegzunehmen. Die von St. Gallen vernachlässigten Regionen sollten darum nicht gegeneinander ausgespielt werden. Das Linthgebiet hat mit seiner Nähe zum Wirtschaftsraum Zürich ein grosses Potenzial. Mit der HSR verfügt es bildungspolitisch zudem über eine der wichtigsten technischen Hochschulen der Schweiz.

Das Linthgebiet steht vor verkehrstechnischen Herausforderungen: Der Tunnel Rapperswil-Jona oder die Gasterstrasse sind nur zwei angedachte Projekte. Wie kann die Verkehrsproblematik trotz Widerstand aus der Bevölkerung gelöst werden?

Man kann keine Verkehrsprobleme gegen den Willen der Bevölkerung lösen, sondern nur unter Einbezug aller betroffenen Kreise. Dies bedingt aber ein konsolidiertes, breit abgestütztes Projekt, das von der Region als Gesamtes getragen wird. Und genau bei diesem Punkt muss jetzt in der Region intensiv gearbeitet werden.

Im Kanton gibt es immer wieder Kritik gegen Asylzentren. Die Gemeinden stossen an Kapazitätsgrenzen bei der Unterbringung. Welche Lösungen schlagen Sie vor?

Die Asylpolitik wird auf Ebene Bund gestaltet. Die Gemeinden müssen die Entscheide aus Bern und St. Gallen umsetzen, ohne dass sie einen grossen Spielraum haben. Aufgrund der sich abzeichnenden Migrantenströme Richtung Schweiz müssen die Grenzen wieder selber geschützt und kontrolliert werden. Menschen, die keine Chance auf einen positiven Asylentscheid haben, müssen rasch zurückgeschafft werden.

Der Richtplan wird derzeit im Bereich Siedlung überarbeitet. Wann hat das Bevölkerungswachstum – und damit grössere Bauzonen – die Grenzen im Kanton St. Gallen erreicht?

Mit dem Raumplanungsgesetz wurden Leitplanken gesetzt. Der Schutz des Kulturlandes wie auch die berechtigten Anliegen der Regionen für eine prosperierende Entwicklung sind im Auge zu behalten. Das rasante Bevölkerungswachstum erhöht den Druck auf den Boden. Darum bin ich für eine Reduktion der unkontrollierten Einwanderung. Diese muss vor allem auf die Bedürfnisse der Schweizer Wirtschaft ausgerichtet werden.

Die Frankenstärke bedroht Arbeitsplätze im gesamten Kanton. Welche Massnahmen kann der Kanton dagegen treffen?

Der Kanton darf Unternehmungen und das Gewerbe nicht mit immer neuen Regulierungen, Verordnungen und Umfragen belasten. Er muss steuerlich attraktiver werden, und Unternehmen, die investieren und Arbeitsplätze anbieten oder aufbauen, müssen wieder besser unterstützt und nicht behindert werden. Wir müssen vom Regulierungswahn wegkommen.

Auf Bundes- und Kantonsebene gilt das Öffentlichkeitsprinzip. Wie viel darf der Bürger wissen – und wo ziehen Sie Grenzen?

Ich begrüsse das Öffentlichkeitsprinzip. Regierung und Verwaltung sollten so handeln, dass sie nichts zu verbergen haben. Das Öffentlichkeitsprinzip hört jedoch dort auf, wo es um den Schutz der Persönlichkeit der Bürgerinnen und Bürger geht. Insbesondere individuelle Daten müssen weiterhin geschützt bleiben.

In verschiedenen Städten soll Cannabis in einem Pilotprojekt legalisiert werden. Wie stehen Sie zum straffreien Kiffen?

Ich bin gegen eine Bestrafung des Cannabiskonsums bei Erwachsenen. Wir sollten die Polizei vor allem für die Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und die Verfolgung von Verbrechen, bei denen Personen an Leib und Leben gefährdet sind, einsetzen.

Immer wieder werden Frauenquoten für Leitungsgremien diskutiert. Wie stehen Sie zur Einführung einer solchen Quote?

Ich bin gegen Frauenquoten. Ich möchte in keinem Gremium als Quotenfrau Einsitz nehmen, sondern aufgrund meiner Fähigkeiten, Erfahrungen und Kenntnisse. Es ist an uns allen, Frauen in Unternehmen und in der Verwaltung auf freiwilliger Basis verstärkt zu fördern. Dazu gehört auch, dass wir Frauen unsere Netzwerke besser nutzen und uns mehr füreinander einsetzen.

In welchem Bereich sehen Sie die grössten Herausforderungen für den Kanton St. Gallen in den kommenden vier Jahren?

Dies sind zum einen die Finanzen. Hier geht es darum, dass der Kanton schauen muss, dass die Finanzen im Lot bleiben und Aufwanderhöhungen nicht mit Steuererhöhungen beglichen werden. Aufgrund der internationalen Situation gehe ich davon aus, dass der Druck auf eine noch grössere Anzahl von Asylsuchenden zunehmen wird. Hier müssen Kantone und Gemeinden Interessen wahren und dem Bund Grenzen setzen.

Weshalb soll die St. Galler Bevölkerung genau Sie in den Regierungsrat wählen?

Damit im Kanton St. Gallen zukunftsgerichtete und mehrheitsfähige Lösungen gefunden werden können, ist es wichtig, dass die SVP als wählerstärkste Partei mit zwei Sitzen in der Regierung vertreten ist. Die Meinung der Wählerinnen und Wähler der SVP soll an den Regierungstisch getragen und dort diskutiert werden. Zudem täte der St. Galler Regierung eine bürgerliche Frau durchaus gut.